



39. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Gremium:

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:

Dienstag, 23.10.2012, 18:00 Uhr

Ort, Raum:

**Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.
79/81**

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.09.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Vorstellung der Schritte zur Umgestaltung der Ausländerbehörde
- 5 Verständigung zur Protokollführung im Ausschuss für Gesundheit und Soziales
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 6.1 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder
12/SVV/0468 Fraktion DIE LINKE
Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 6.2 Partizipativer Prozess zur organisatorischen Weiterentwicklung städtisch geförderter Projekte der (Jugend-)Soziokultur
12/SVV/0607 Fraktion FDP
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Herr Björn Karl	FDP	entschuldigt
Frau Julia Laabs	Die Andere	nicht entschuldigt
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat	nicht entschuldigt

Gäste:

Herr Jörg Schröder	Potsdamer Ring für Menschen mit Behinderung
Frau Nina Waskowski	Fachreferentin im Bereich Behindertenpolitik / Ansprechpartnerin der BI „Daheim statt Heim“ für das Land Brandenburg
Frau Stephanie Seidel	Behindertenbeirat
Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Ronny Möckel	stellv. Amtsarzt
Frau Gabriele Schneider	FB Grün- und Verkehrsflächen
Frau Magdolna Grasnack	Beauftragte für Migration und Integration
Frau Nicole Dörnbrack	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Vorstellung des "I-Cafés"
- 2 Eröffnung der Sitzung
- 2.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.08.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Wahl der/des stellv. Ausschussvorsitzenden
- 4 Informationen der Verwaltung
- 5 Berichte aus den Beiräten
- 6 Vorstellung des "Potsdamer Rings für Menschen mit Behinderung"
- 7 "Persönliches Budget" und "Persönliche Assistenz"
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Sitzungskalender 2013
Vorlage: 12/SVV/0463
- 8.2 Rücknahme Preiserhöhung BUGA-Park
Vorlage: 12/SVV/0489
- 9 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Vorstellung des "I-Cafés"

Herr Schröder stellt das i-Cafe vor. In seiner späteren Powerpoint-Präsentation zur Vorstellung des „Potsdamer Rings für Menschen mit Behinderungen“ nimmt er noch einmal Bezug darauf.

zu 2 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

zu 2.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.08.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern 9 anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 07.08.2012

Frau Schulze bittet um Äußerungen, ob das Protokoll in der vorliegenden Fassung bestätigt werden kann.

Frau Dencker teilt dazu mit, dass sie auf Seite 5 des Protokolls ihre eigenen Äußerungen vermisst.

Frau Schulze gibt in diesem Zusammenhang zur Kenntnis, dass sie gegenwärtig grundsätzlich mit der Verwaltung im Gespräch ist, um die Protokolle kürzer und effektiver zu gestalten.

Frau Basekow würde das zukünftige Abfassen von Ergebnisprotokollen sehr begrüßen.

Teilweise sind Sätze in ausführlichen Protokollen nicht mehr nachvollziehbar oder nicht eindeutig auszulegen.

Sie bittet um Information, ab wann mit Ergebnisprotokollen zu rechnen ist.

Frau Schulze möchte eine Umstellung der Protokolle zum November oder Dezember 2012 umsetzen.

Frau Schulze bittet um Äußerungen der Ausschussmitglieder, ob es einen Einspruch zur Abfassung von Ergebnisprotokollen gibt.

Frau Dencker möchte wissen, ob sie bei kritischen Diskussionen ein Wortprotokoll beantragen kann.

Frau Müller-Preinesberger lehnt dies ab. Die Ausschussprotokollanten können ein Wortprotokoll nicht leisten. In der Stadtverordnetenversammlung werden die Gespräche aufgezeichnet. Dies ist Grundlage für die Erstellung eines gewünschten Wortprotokolls.

Frau Schulze schlägt vor, das Thema in der Oktobersitzung noch einmal zu diskutieren und bittet um Abstimmung zum Protokoll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 1

Bestätigung der Tagesordnung:

Frau Müller-Preinesberger bittet um Aufnahme eines nichtöffentlichen Tagesordnungspunktes.

Frau Schulze erweitert die Tagesordnung um einen 10 Tagesordnungspunkt - nichtöffentlicher Teil - und bittet um Bestätigung der erweiterten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0

zu 3 Wahl der/des stellv. Ausschussvorsitzenden

Frau Schulze informiert über eine Änderung in der Ausschussbesetzung bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Dr. Lotz scheidet als Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales aus und Frau Kindelberger tritt als Mitglied in den Ausschuss ein.

Mit dem Wechsel ist auch die Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden verbunden.

Frau Dr. Herzel fragt nach, ob seitens der Fraktion Bündnis90/Die Grünen Vorschläge zur Besetzung unterbreitet wurden.

Frau Schulze teilt mit, dass an sie keine Vorschläge herangetragen wurden. Sie bittet um Unterbreitung von Vorschlägen.

Frau Dencker stellt sich für die Wahl zur stellvertretenden Ausschussvorsitzenden zur Verfügung.

Frau Schulze bittet um Abstimmung, ob die Wahl als offene Wahl stattfinden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0

Somit erfolgt die offene Abstimmung.

Frau Schulze bestätigt die offene Wahl und bittet nun um Entscheidung bezüglich der Wahl von Frau Dencker als zukünftige stellvertretende Ausschussvorsitzende.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 3

Frau Schulze gratuliert Frau Dencker zur Wahl als stellvertretende Ausschussvorsitzende.

zu 4 Informationen der Verwaltung

Bildungs- und Teilhabepaket

Der aktuelle Sachstand zum Bildungs- und Teilhabepaket wurde allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage ausgereicht.

Frau Latacz-Blume stellt die aktuellen Zahlen der Inanspruchnahme von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes auch gesondert nach den einzelnen Leistungsarten vor.

Frau Schulze dankt für den Vortrag und bittet um Nachfragen.

Herr Schultheiß stellt fest, dass die Lernförderung als Einzelleistung mit nur 24 Bewilligungen sehr wenig in Anspruch genommen wurde und bittet um die Darlegung der Gründe.

Frau Latacz-Blume sieht die Gründe vor allem in den gesetzlichen Voraussetzungen. Diese stehen einer großzügigeren Bewilligung entgegen. Der Gesetzgeber hat hohe Hürden eingebaut. So müssen die Lehrer für die betreffenden Kinder eine Versetzungsgefährdung bestätigen. Setzt erst zu diesem Zeitpunkt eine Förderung ein, ist es teilweise für eine schulische Verbesserung der Kinder zu spät. An dieser Stelle müsste das Gesetz verbessert werden.

AG Förderung freier Träger – Projekte 2013

Frau Latacz-Blume informiert, dass die Auswahl der Angebote der freien Träger in jedem Jahr durch die Beteiligung der AG freier Träger mit entschieden wird. Laut Richtlinie sind 3 Vertreter des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zu beteiligen.

Frau Schulze bittet um Meldung von Teilnehmern der AG Förderung freier Träger.

Aufgrund fehlender Wortmeldungen empfiehlt Frau Schulze bis zur Ausschusssitzung im Oktober 2012 um Überlegung zur Teilnahme. Interessenten können Ihren Namen bereits im Vorfeld der Ausschussbetreuerin melden. Das Thema wird in der nächsten Sitzung noch einmal aufgerufen.

Frau Dencker möchte wissen, ob die Entscheidungen der Verwaltung bei der Trägersauswahl ohne Beteiligung des Ausschusses anfechtbar sind.

Frau Latacz-Blume bestätigt dies, da die Richtlinie die Beteiligung vorsieht.

zu 5 Berichte aus den Beiräten

Behindertenbeirat

Herr Schmarje entschuldigt sich, dass er aufgrund seines Urlaubs seinen Bericht nicht als Tischvorlage ausgereicht hat.

Er möchte über zwei Dinge informieren.

1. Am 24. August gab es ein gutes informatives Gespräch mit dem Management der Bahn AG. Der Behindertenbeirat wurde dabei informiert, dass aus dem Investitions-Beschleunigungs-Programm im kommenden Jahr noch finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Diese werden nun eingesetzt, um durch eine Brückenkonstruktion zwei Fahrstühle im Bahnhof Charlottenhof in Potsdam West zu finanzieren. Dem Beirat wurde eine Begleitung des weiteren Planungsprozesses zugesichert. Herr Schmarje bittet den Ausschuss um Hilfe, dass die parallelen Arbeiten im Umfeld durch die Stadt ermöglicht werden. Dies ist notwendig, da die Verkehrsflächen vom Bahnhofsvorplatz bis zu den Fahrstühlen der Stadt unterstehen.

Frau Schulze bittet um Übermittlung der Bitte an den Geschäftsbereich 4.

2. Der Behindertenbeirat war auch zur Eröffnung des Potsdam-Museums eingeladen. Im Vorfeld konnte der Beirat keinen Einfluss auf die barrierefreie Gestaltung des Hauses nehmen. Am Tag der Eröffnung funktionierte der Fahrstuhl aufgrund von Montagearbeiten nicht.

Frau Dencker bittet um Information, ob die Bahn für die weiteren Arbeiten einen Zeitplan benannt hat.

Herr Schmarje teilt mit, dass die Finanzen für das Jahr 2013 zur Verfügung stehen. Im März 2013 soll Baubeginn sein.

Frau Dencker verweist darauf, dass Sie bereits 2009 eine Anfrage an die Bahn AG gestellt hat und ihr ein Baubeginn für den Fahrstuhl für das Jahr 2013 in Aussicht gestellt wurde.

Migrantenbeirat

Der Bericht des Migrantenbeirates entfällt, da Frau Ngo an der heutigen Ausschusssitzung nicht teilnimmt.

Seniorenbeirat

Herr Puschmann entschuldigt sich, dass sein Bericht nicht als Tischvorlage ausgereicht werden kann, das Seniorenbüro ist jedoch zurzeit nicht besetzt.

Herr Puschmann informiert über einen Termin des Seniorenbeirats am 18.09.2012 in der Zeit von 15:00-18:00 Uhr in Zusammenarbeit mit der Akademie 2. Lebenshälfte im Bürgerhaus am Schlaatz.

Ebenfalls am 18.09.2012 um 12:30 Uhr gibt es eine Veranstaltung mit dem Einzelhandelsverband in der Bahnhofspassage.

Kaufland wird bei der Veranstaltung mit dem Zertifikat: „Generationsübergreifende Einrichtung“ ausgezeichnet.

Herr Puschmann informiert über eine Schulung der Vorsitzenden der Beiräte.

zu 6 Vorstellung des "Potsdamer Rings für Menschen mit Behinderung"

Frau Müller-Preinesberger verweist darauf, dass mit den Einladungsunterlagen auch ein Handout zum Tagesordnungspunkt zugegangen ist.

Die Netzwerke für die Gesunde Stadt Potsdam sind stetig gewachsen und wurden durch mehrere Säulen ergänzt z.B. Gesunde Kinder und Familien, Gesunde Jugend, Gesunder Betrieb usw.. Der Potsdamer Ring für Menschen mit Behinderung umschließt dabei die einzelnen Säulen.

Der Arbeitskreis hat bisher eine sehr gute Arbeit geleistet, die im Folgenden von Herrn Schröder vorgestellt wird. Die Ausführungen können der Powerpoint-Präsentation entnommen werden, die dem Protokoll beigelegt/per Mail verschickt wird.

Frau Schulze bedankt sich für die ausführliche Vorstellung. Herr Schröder hat in seinen Ausführungen dargestellt, dass in der Arbeitsgruppe (AG) „Potsdamer Ring für Menschen mit Behinderung“ Menschen mit Beeinträchtigungen, aus verschiedenen Betrieben, Vereinen und Ämtern vertreten sind. Frau Schulze bittet um eine kurze Aussage, wie die Politik sich an den Gesprächen beteiligt hat.

Herr Schröder teilt mit, dass Vertreter der Politik an den AG-Terminen zwar teilgenommen haben, aber nur wenig Unterstützung gegeben war.

Frau Schulze bittet um Information zu den Kerntagen der AG-Treffen. Die Termine werden dann über den Ausschuss an die Fraktionen weitergeleitet.

Frau Sudhoff hat zur Kenntnis genommen, dass sich die AG auch um den Teilhabeplan kümmert.

Herr Schröder bestätigt, dass der Ring auch bei der Erarbeitung des Teilhabeplans in der Landeshauptstadt Potsdam beteiligt und in den Arbeitsgruppen Wohnen und Arbeit vertreten war.

Frau Dencker wünscht sich mehr Informationen, ob weitere Partner im Ring aufgenommen werden können.

Herr Schröder teilt dazu mit dass jeder Zeit neue Partner aufgenommen werden. Dies ist Strategie des Ringes. Es ist kein geschlossener Ring.

zu 7 "Persönliches Budget" und "Persönliche Assistenz"

Frau Schulze teilt mit, dass zum Tagesordnungspunkt 7 neben den Ausführungen der Verwaltung durch den kommissarischen Bereichsleiter Herrn Möckel 2 Rederechte beantragt wurden:

1. Frau Frau Dencker für Frau Waskowski
2. Frau Seidel vom Behindertenbeirat (Behält sich Option des Rederechtes vor.)

Die Ausschussmitglieder sind einstimmig mit dem Rederecht beider Antragsteller einverstanden.

Frau Waskowski stellt sich als Fachreferentin im Bereich Behindertenpolitik sowie als Ansprechpartnerin der BI „Daheim statt Heim“ für das Land Brandenburg vor. Ihre Ausführungen sind der Powerpoint-Präsentation zu entnehmen, die dem Protokoll im Anhang beigelegt/per Mail verschickt wird.

Herr Möckel stellt seine Ausführungen ebenfalls an einer Powerpoint-Präsentation dar. Auch diese wird dem Protokoll als Anlage beigelegt/per Mail verschickt.

Mit der Einladung wurde bereits ein erstes Handout ausgereicht.

Zusätzlich zu den Ausführungen der Powerpoint-Präsentation nimmt Herr Möckel Stellung zu den Vorwürfen von Frau Waskowski, dass durch das Doppelmandat seiner Person (stellvertretender Amtsarzt und somit Gutachter aber auch kommissarischer Abteilungsleiter der Eingliederungshilfe) zu einer Interessenkollision führt.

Herr Möckel weist den Vorwurf zurück. Im Vorfeld der Erstellung von Gutachten wurden die Betroffenen darüber informiert. Eine Interessenkollision ist auch deshalb nicht gegeben, weil die Leistungsberechnung erst in einem zweiten Schritt und nicht durch seine Person erfolgt.

Frau Sudhoff bittet um Erläuterung, wie zum Persönlichen Budget bereits 2006 Zahlenmaterialien vorliegen können, wenn das Persönliche Budget erst 2008 in Kraft getreten ist.

Weiterhin kann Frau Sudhoff die angezeigten Probleme von Herrn Möckel bezüglich der Verbindung zum Sozialhilfebezug nicht verstehen.

Das Persönliche Budget resultiert aus UN-Recht und bricht somit Bundesrecht.

Herr Möckel führt aus, dass es das Persönliche Budget bereits länger gibt. 2008 wurde der Rechtsanspruch auf das Persönliche Budget wirksam. Das Persönliche Budget im Rahmen der Eingliederungshilfe basiert auf der Sozialgesetzgebung des Bundes, insofern wird von uns geltendes Bundesrecht angewandt.

Frau Müller-Preinesberger gibt zu bedenken, dass es keine Regelung gibt, wie im Land Brandenburg mit dem Persönlichen Budget umzugehen ist. Für die Verwaltung ist das Persönliche Budget schwierig umzusetzen.

Frau Geywitz verweist in diesem Zusammenhang auf die kommunale Selbstverwaltung. Das Land muss nicht jede Regelung vorgeben. Dennoch können mit dem Land aus den Erfahrungen der Kommunen Anregungen bezüglich einer Gesetzesnovelle diskutiert werden.

Auf kommunaler Ebene können aber schneller Änderungen herbeigeführt werden.

Was will die Kommune tun, um hier schneller zu reagieren?

Herr Möckel teilt mit, dass von 10 betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ab 2011 insgesamt 20 Weiterbildungen zum Thema Persönliches Budget/ Persönliche Assistenz wahrgenommen wurden.

Budgetberatungen werden selbst durchgeführt, erst nach Abschluss der Beratungen erfolgen bei Notwendigkeit Weiterleitungen.

Frau Geywitz erinnert noch einmal an die von Frau Waskowski benannten Bearbeitungslängen.

Herr Möckel bestätigt, dass in Einzelfällen lange Bearbeitungszeiten entstanden sind. Dies hatte aber auch etwas mit nicht besetzten Stellen zu tun. Die Verwaltung arbeitet intensiv an der Verkürzung von Bearbeitungszeiten.

Frau Dencker bringt zum Ausdruck, dass sie von den Ausführungen der Verwaltung enttäuscht ist. Ihr ist nicht verständlich, warum sich Potsdam mit Salzgitter vergleicht.

Frau Müller-Preinesberger erläutert, dass es im Benchmarking festgelegte Städte gibt, die von der Größe her vergleichbar sind.

Frau Dencker bezieht sich auf eine Kleine Anfrage zum Thema. Bereits hier waren die Antworten der Verwaltung nicht nachvollziehbar. Die Beratungen sind bereits fehlerhaft.

Die Fortbildungen sind zwar loblich, den Mitarbeitern fehlt jedoch das Fingerspitzengefühl.

Anträge werden zum Teil aus diesen Gründen zurückgezogen. Es sollte daher dringend ein Workshop zum Thema durchgeführt werden.

Frau Schulze verweist darauf, dass die Verwaltung mit der Ausschusseinladung ein Handout verschickt hat und die Powerpoint-Präsentationen dem Protokoll beigefügt/per Mail verschickt werden. Ein zusätzlicher Workshop ist ihrer Meinung nach daher nicht erforderlich.

Frau Müller-Preinesberger ist sich klar darüber, dass das Thema zu Emotionen führt. Dennoch muss sie feststellen, dass in den Ausführungen von Frau Waskowski viele Allgemeinplätze waren.

In der Verwaltung arbeiten keine unfähigen Mitarbeiter sondern ausgebildete Fallmanager. Es werden regelmäßige Weiterbildungen wahrgenommen. Ein Mitarbeiter hat zum Persönlichen Budget seine Diplomarbeit geschrieben. 95 % der Beratungen laufen sehr positiv.

Die vorgetragenen Fälle können doch nicht zu einer Verallgemeinerung führen. Die Notwendigkeit der Durchführung eines Workshops liegt nicht vor.

Die Verwaltung wird dennoch bei Wunsch an einzelne Stadtverordnete das Angebot unterbreiten, an Beratungen teilzunehmen.

Frau Anlauff bedankt sich bei beiden Referenten. Frau Waskowski hat in ihren Ausführungen auch von langen Wartezeiten bei trägerübergreifenden Leistungen gesprochen. Sie bittet um eine Aussage, ob es sich dabei um spezielle Träger handelt.

Unverständlich ist ihr ebenfalls, dass lange Wartezeiten wegen fehlender Gutachten entstehen, Gutachten zum Teil aber nicht erforderlich sind, z.B. bei Blindheit.

Frau Waskowski kann keinen besonderen Träger benennen.

Herr Möckel hält Gutachten z.B. auch bei Blindheit für notwendig, da kombinierte Krankheiten vorhanden sein können, die eine Stellungnahme und besondere Leistungen erfordern.

Frau Schulze verweist auf das Merkblatt im Handout und bittet darum, das Merkblatt in einfacher Sprache zu verfassen.

Frau Judacz verweist darauf, dass Gutachten oft sehr pflegelastig sind. Sie appelliert daran, auch Hilfebedarfe der Eingliederungshilfe zu berücksichtigen.

Frau Müller-Preinesberger sieht die Schwierigkeit immer dann, wenn Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe angesprochen werden, dann sind Gutachten pflegelastig.

Herr Schmarje sieht die Stundensätze für Hilfe als zu niedrig an. In einem ihm bekannten Fall gab es nur einen Träger, der den akzeptierten Stundensatz angeboten hat. Er bittet die Stadt dieser Tatsache Rechnung zu tragen.

Frau Latacz-Blume hat im Gespräch mit Herrn Schmarje bereits versucht das Problem zu erläutern. Bietet zu dem Einzelfall jedoch gerne ein separates Gespräch an.

Frau Seidel macht von ihrem beantragten und bestätigten Rederecht keinen Gebrauch.

zu 8 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 8.1 **Sitzungskalender 2013** **Vorlage: 12/SVV/0463**

Der Sitzungskalender wurde an alle Mitglieder des Ausschusses mit der Einladung ausgereicht.

Frau Dencker verweist darauf, dass im Juni der Ausschuss statt an einem Dienstag am Donnerstag stattfinden soll.

Frau Schulze hat festgestellt, dass zum Teil die Ladungsfristen nicht eingehalten werden.

Sie schlägt daher vor beide Probleme mit dem StVV-Büro zu besprechen.

Die Ausschussmitglieder bitten die Ausschussvorsitzende in Abstimmung mit dem Büro der Stadtverordnetenversammlung den Ausschusstermin im Juni **vom Donnerstag 13.06.2013 auf den Dienstag 11. Juni 2013 zu verlegen** und weiterhin die Ladefristen für die Ausschusssitzungen zu kontrollieren.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2013 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien mit der Option der möglichen Änderung des Junitermins nach Rücksprache mit dem StVV-Büro anzuerkennen.

+ Ergänzung:

Verlegung des Ausschusstermins **vom Donnerstag 13.06.2013 auf den Dienstag 11. Juni 2013** und Prüfung der Ladefristen für die Ausschusssitzungen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmhaltung: 0

Die Ausschussmitglieder stimmen der Beschlussfassung der o.g. Drucksache mit den genannten Änderungen zu.

zu 8.2 Rücknahme Preiserhöhung BUGA-Park
Vorlage: 12/SVV/0489

Herr Schultheiß bringt vor, dass die Vorlage bereits in die StVV eingebracht wurde.

Frau Schulze lässt die Einbringung, Diskussion und Abstimmung im Ausschuss zu.

Frau Anlauff bringt die Vorlage ein.

Aus eigenem Erleben stellt Frau Anlauff dar, dass viele Leute aufgrund des hohen Preises die Eintrittsgelder nicht zahlen. Die Automaten geben kein Wechselgeld.

Bei Rücknahme der Preiserhöhung wären wieder mehr Leute zur Zahlung des Eintrittsgeldes bereit.

Frau Schneider, Arbeitsgruppenleiterin Kommunale Freiraumplanung und Spielplätze im Fachbereich Grün-und Verkehrsflächen, nimmt dazu wie folgt Stellung:

Eine Reduzierung des Eintrittsgeldes würde nicht mehr Erträge bringen.

Die Besucherzahlen bestätigen die Aussagen von Frau Anlauff nicht. Zwischen 2009 und 2011 sind die Besucherzahlen gestiegen. Die Stadt zahlt bereits einen Zuschuss von 1.800.000 Euro. Die Rücknahme des Eintrittsgeldes würde noch einmal zu einer Zuschusserhöhung führen. Vergleiche mit anderen Städten zeigen, dass dort noch höhere Eintrittsgelder (meist 3 Euro) erhoben werden. Der Antrag wird daher aus Sicht der Verwaltung nicht befürwortet.

Der Finanzausschuss hat sich gegen den Antrag ausgesprochen, der Bildungsausschuss jedoch dafür.

Ein Vorschlag der Verwaltung zur Reduzierung der Kosten für die Nutzer ist die Verkürzung der Sommerzeit.

Frau Basekow verweist darauf, dass die Stadt Rostock einen Ostseepass hat. Dieser gilt genau für solche Einrichtungen zum freien Zugang.

Frau Schulze erinnert daran, dass es auch in Potsdam einen Sozialpass gab. Die Verwaltung sollte die erneute Ausgabe noch einmal prüfen.

Herr Schultheiß bitte um Darstellung der Erträge aus den Eintrittsgeldern.

Frau Schneider teilt mit, dass es aus den Tagestickets 35.000 Euro Einnahmen gibt und aus den Jahrestickets 20.000 Euro.

Herr Lack bittet um Benennung der Erträge vor der Erhöhung der Eintrittsgelder auf 1,50 Euro.

Frau Schneider kann die Zahlen nicht geben, wird sie aber mit dem Protokoll nachreichen.

Frau Schulze bittet um Abstimmung zur Vorlage.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Eintrittspreis für die Tageskarte normal/Sommertarif für den BUGA-Volkspark wird von 1,50 € auf 1 € zurückgesetzt. Die Preissenkung soll zur Sommersaison 2013 wirksam werden.

Der Oberbürgermeister und erforderlichenfalls die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien der Pro Potsdam werden beauftragt, die erforderlichen Schritte zu veranlassen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Februar 2013 über den Sachstand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 0

Somit wird der Antrag nicht zum Beschluss empfohlen.

zu 9 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Im Ausschuss benannte Termine werden durch die Verwaltung nach der Ausschusssitzung zur Kenntnis gegeben.

Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:

23. Oktober 2012, 18:00 Uhr

Jana Schulze
Ausschussvorsitzende

Nicole Dörnbrack
Schriftführerin

Potsdamer Ring für Menschen mit Behinderungen

OBERLINHAUS



**DIAKONIEGESELLSCHAFT
HERMANNSWERDER**



„PR Mensch“ Potsdamer Ring für Menschen mit Behinderung

j.schroeder@drk-wfbm.de

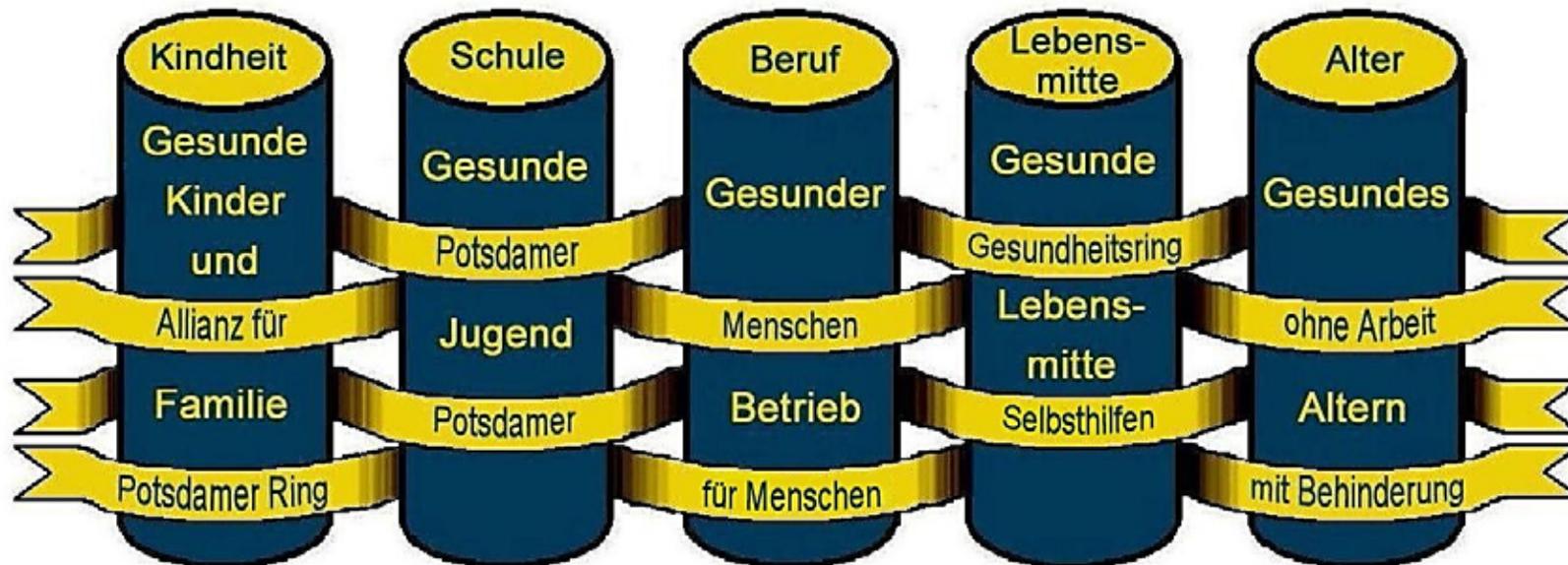


Lebensbegleitende Gesundheit



Landeshauptstadt
Potsdam

Netze für ein gesundes, soziales und familienfreundliches Potsdam



„PR Mensch“ Potsdamer Ring für Menschen mit Behinderung

j.schroeder@drk-wfbm.de



Leitgedanke



- Was wird schon gemacht?
 - Wer macht was wo?
 - Was brauchen wir noch?
 - Wie können wir es erreichen
-
- **Inklusion**
Inklusion ist klar zu unterscheiden von der in Deutschland bekannten Integration: Nicht (mehr) der behinderte Mensch muss sich anpassen, damit er in der Gesellschaft dabei sein kann. Stattdessen muss sich die Gesellschaft mit ihren Strukturen anpassen. Eine inklusive Gesellschaft bezieht behinderte Menschen mit ihren Bedürfnissen von Anfang an ein und grenzt gar nicht erst aus. Die Individualität und Vielfalt der Menschen wird anerkannt und wertgeschätzt.
-
- Demografische Entwicklung
 - Gesellschaftliche Entwicklung
 - Monetäre Aspekte
 - UN Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

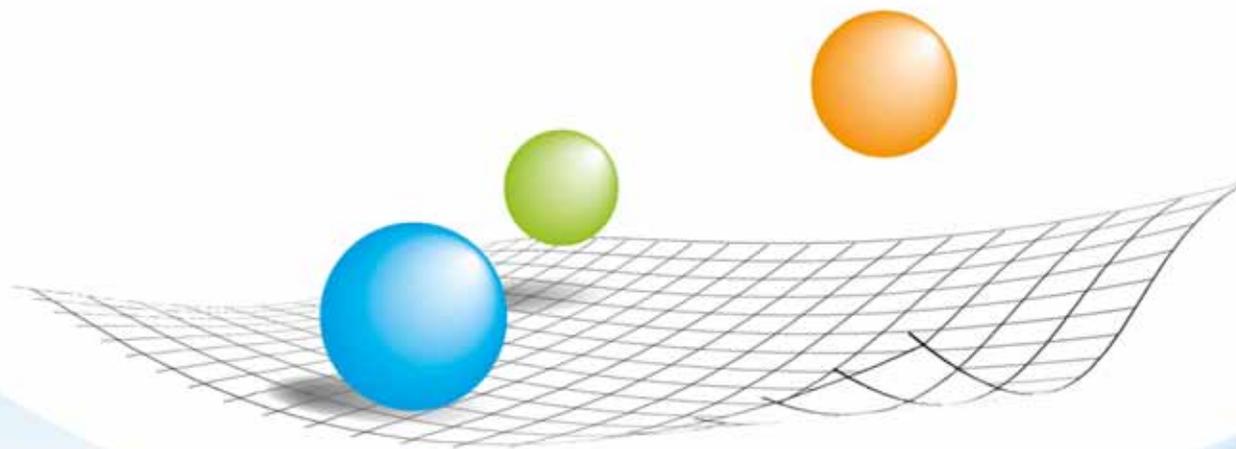


Lebensbereiche



Potsdamer Ring für Menschen mit Behinderungen

Gründungs – Veranstaltung 17.06.2011



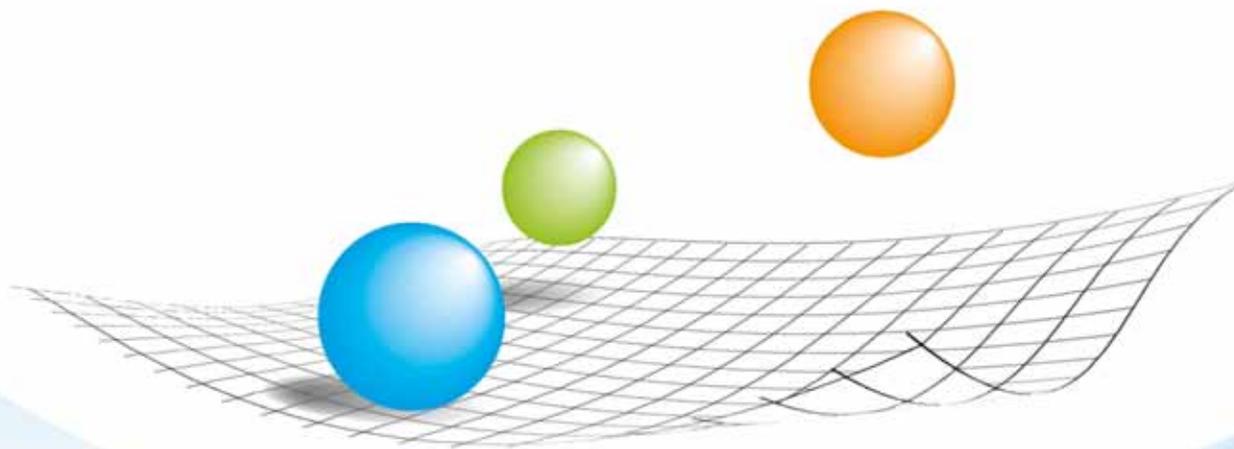
„PR Mensch“ Potsdamer Ring für Menschen mit Behinderung

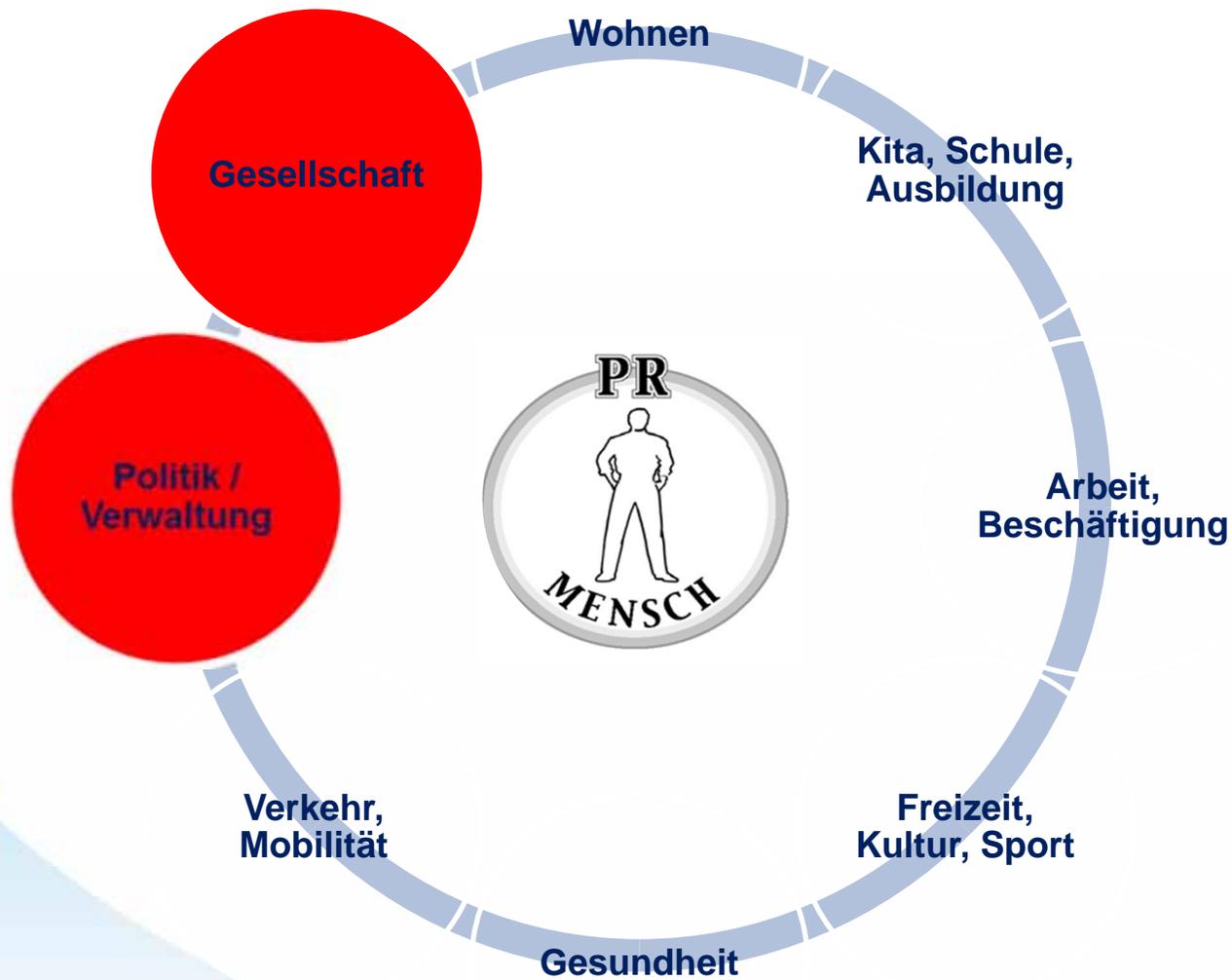


j.schroeder@drk-wfbm.de

Potsdamer Ring für Menschen mit Behinderungen

Bilanz des 1. Jahres

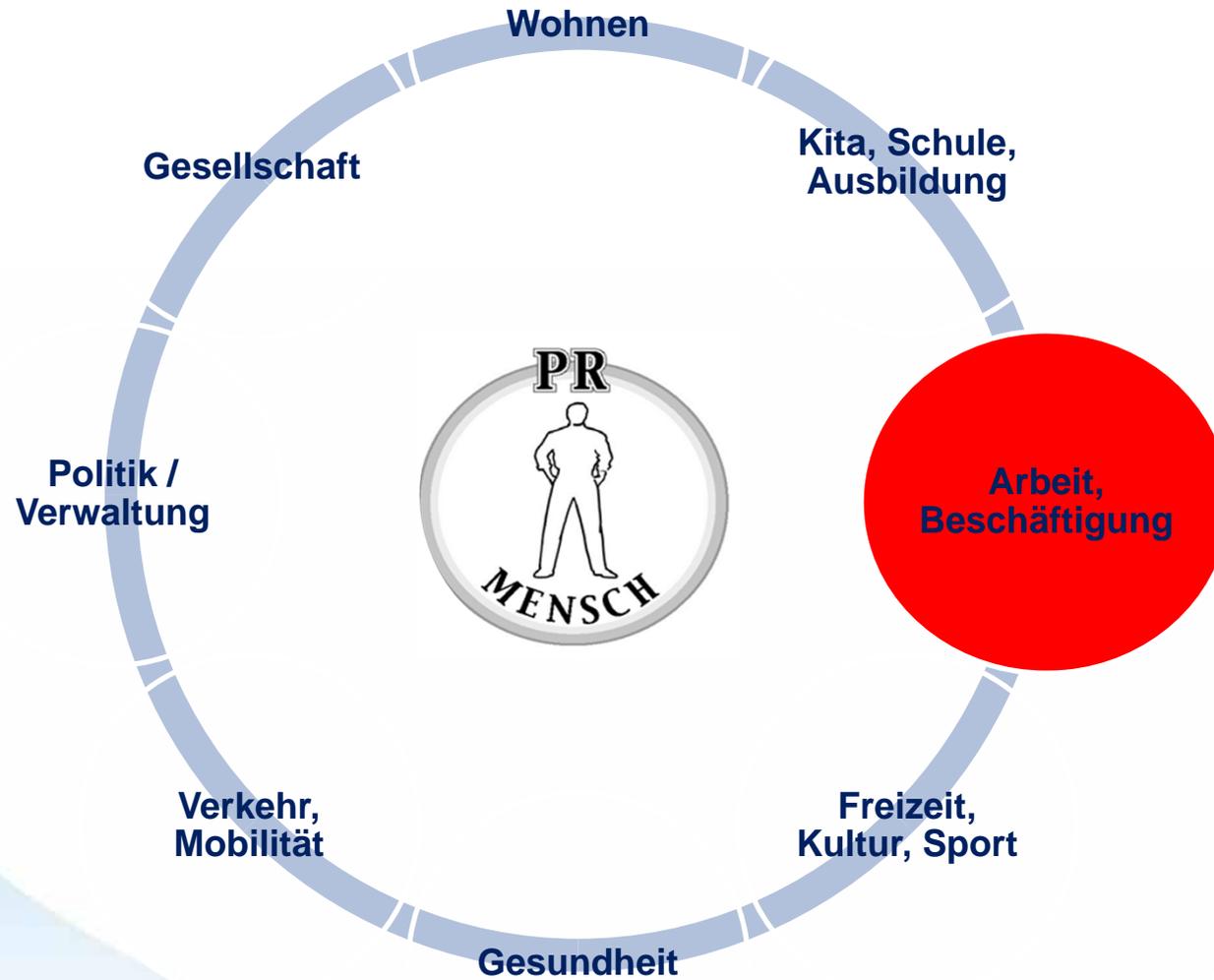




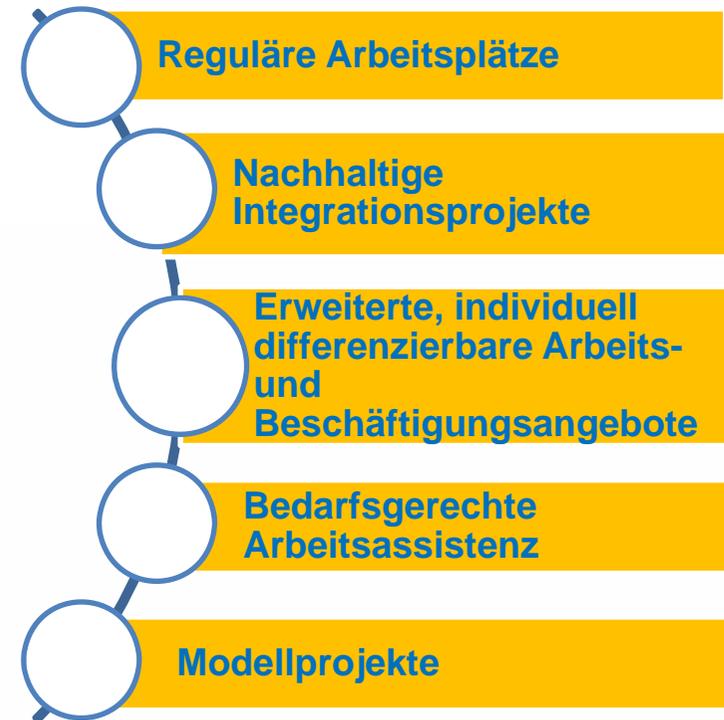
Gesellschaft / Politik / Verwaltung



Schwerpunktthema 2012



Arbeit, Beschäftigung



Projekt i - Café



3 Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen



Projektphase bis 2014
Gartenstadt Drewitz



Trägerschaft DRK
Behindertenwerkstätten Potsdam
gGmbH



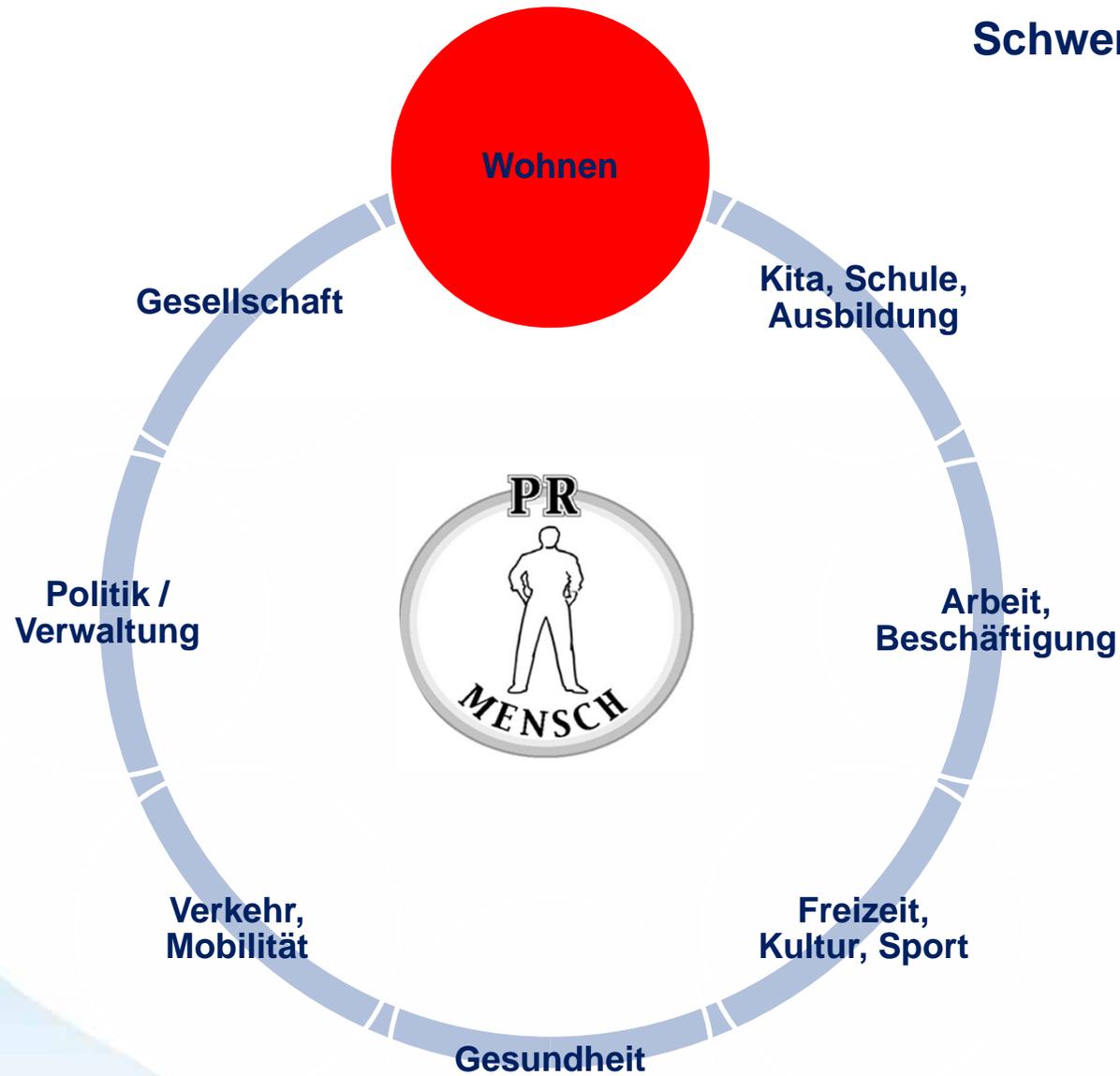
Eigene Kuchenherstellung,
Kleinkunst, Internet, Begegnung



Reale Arbeitsbedingungen



Schwerpunktthema 2013



Wohnen



Bedingung:

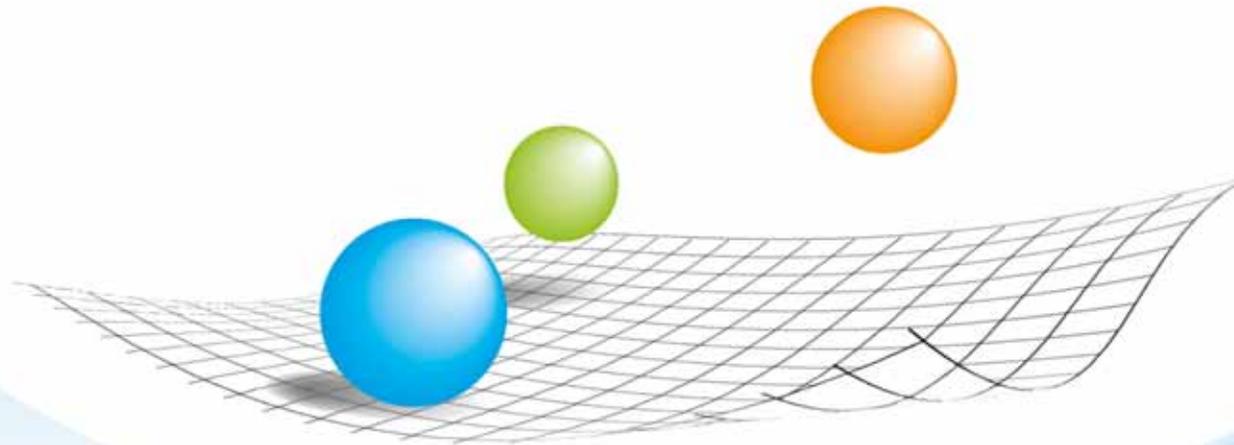
langfristige, fachliche, bedarfsgerechte und abgesicherte Unterstützung



Lebensbereiche



Wir freuen uns auf Ihre
Unterstützung und
danken für Ihre Aufmerksamkeit !



„PR Mensch“ Potsdamer Ring für Menschen mit Behinderung

j.schroeder@drk-wfbm.de





Das Persönliche Budget

- **Referentin: Nina Waskowski**
 - **Ausbildung:**
 - Studium: Sozialwesen
 - Zweitstudium: Wissenschaftliche Dokumentation
 - Zusatzausbildungen: Budgetberaterin/-assistentin
 - **derzeitige Aktivitäten:**
 - Fachreferentin im Bereich Behindertenpolitik
 - Ansprechpartnerin der BI Daheim statt Heim für das Land Brandenburg

1



Bundesinitiative Daheim statt Heim

- **Unterstützer:** weit über 4000
- **Entstehung:** 1. Dezember 2006
- **Ziele:** selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit für alle Menschen mit Behinderung sowie pflegebedürftige und ältere Menschen
- **Aktivitäten:** politische Arbeit, Öffentlichkeitsarbeit
- **Gründerin und Vorsitzende:** Silvia Schmidt, MdB - Behindertenbeauftragte der SPD Bundestagsfraktion u.a.

(Weitere Infos: siehe Flyer)

2



Das Persönliche Budget - Grundlagen -

- 01. Juli 2001 – Einführung des Persönlichen Budgets mit dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)
- Rechtsanspruch am 01. Januar 2008
- **Ziele:**
 - Aufhebung des Leistungsdreiecks durch direkten Einkauf der Leistungen durch den Leistungsempfänger selbst
 - Förderung der Selbstbestimmung behinderter Menschen durch Schaffung der Wahlfreiheit
 - Förderung der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft durch die Schaffung trägerübergreifender Persönlicher Budgets

3



Das Persönliche Budget - Grundlagen -

- Mit einem Persönlichen Budget können Menschen mit Behinderung **Leistungen zur Teilhabe selbständig einkaufen und bezahlen.**
- 2 Möglichkeiten:
 - einfaches persönliches Budget (ein Leistungsträger)
 - trägerübergreifendes persönliches Budget (mehrere beteiligte Leistungsträger)
- in der Regel in Form von Geldleistungen

4



Das Persönliche Budget - Grundlagen -

- Antragstellung
- Feststellen des Bedarfs
- Bestimmung und Rolle des Beauftragten
- Unterrichtung der beteiligten Leistungsträger /
Einholung der Stellungnahmen
- Zielvereinbarung
- Bescheid

5



Das Persönliche Budget - gesetzliche Grundlage -

- **§ 17 SGB IX und die Verordnung zur Durchführung des § 17 Abs. 2 bis 4 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (Budgetverordnung – BudgetV) – 27. Mai 2004**
- **ACHTUNG! § 14 SGB IX – Fristen**
 - ein Träger – ohne Gutachten: 3 Wochen vom Antrag bis zur Entscheidung
 - ein Träger – mit Gutachten: 7 Wochen vom Antrag bis zur Entscheidung
 - mehrere Träger – ohne Gutachten: 7 Wochen
 - mehrere Träger – mit Gutachten: maximal 11 Wochen

(Prof. Dr. Felix Welti – Universität Kassel)

6



Das Persönliche Budget - Abgrenzung -

Das Arbeitgeber-/Assistenzmodell:

- 2 Möglichkeiten:
 - in Form des (trägerübergreifenden) Persönlichen Budgets
 - als Spitzabrechnung (tatsächliche Kosten des Monats)
- Anstellen eigener Assistenten in Form eines Betriebes im Privathaushalt
- Entstehung vor über 20 Jahren, um unfreiwillige Heimeinweisungen oder unfreiwillige Heimaufenthalte zu verhindern bzw. beenden
- derzeitige Anzahl in Deutschland unklar (jedoch mindestens über 5000)

7



Potsdam - Praxis -

• Gegenüberstellung verschiedener Daten:

Behindertenbericht 2007-2009	CDU-Anfrage 03/2010	CDU-Anfrage 04/2012	Die Andere- Anfrage 08/2012
14 Anträge / bewilligt k.A.	40 Anträge / 17 bewilligt	16 Anträge / 15 bewilligt	59 (58) Anträge/ 24 bewilligt

• Schlussfolgerungen:

- Verringerung von 2010 zu 2012
- schlagartige Steigerung innerhalb von nur 4 Monaten in 2012

8



Praxis - Beratung -

- **mögliche Verfahrensverläufe:**

- keine Antragstellung oder Rücknahme
 - Laut Anfrage der Fraktion Die Andere etwa ¼ !
- verzögertes Verfahren mit drastischer Fristüberschreitung
 - teilweise Monate und sogar Jahre
- nicht zufriedenstellender Teilerfolg
 - generell keine Bedarfsdeckung
 - Ignoranz verschiedener Einzelbedarfe wie soziale Teilhabe
 - Disverhältnis zwischen anerkanntem Bedarf u. Budgethöhe
- Erfolg

9



Praxis - Beratung-

- **Negativerfahrungen der Betroffenen:**

- Druck durch Betreuer, bewohnte Einrichtung oder Kostenträger
- lange Verfahrenszeiten (teilweise über Jahre)
- schlechte Beratung oder fehlende Beratungsangebote (keine unabhängige Beratungsstelle im Peer-Counseling-Ansatz)
- ständiges Weiterverweisen
- bürokratischer Aufwand (unverständliche Vordrucke und/oder Gutachten, die in anderen Städten nicht erforderlich sind)
- keine Bedarfsakzeptanz (Fernsehen statt Kino, „Essen auf Räder“ statt mit Assistenz selbst kochen,...)
- Zwang zum Lohndumping und Verweis auf Honorarkräfte bzw. Ehrenamtler und Nachbarschaftshilfe (keine verlässliche Hilfeleistung)
- Missachtung von übergeordneten Bundesgesetzen („Assistenzpflegegesetz“, § 622 BGB)

10



Praxis - Problemanalyse -

- unabhängige Beratungsstelle mit Peer-Counseling-Ansatz
- Anpassung der Bedarfsdefinition an die UN-BRK
- Kontrolle der Bearbeitungszeiten
- Beachtung von übergeordneten Bundesgesetzen
- Anpassung der Budgethöhen (z.B. Tariflöhne für Assistenten adäquat Cottbus, Berlin, Hessen, u.a.)
- Datenerfassungs- und -verwaltungsmanagement
- Auflösung des Doppelmandats des Gutachters bzw. kommissarischen Abteilungsleiters der Eingliederungshilfe

11

Persönliches Budget (PB)



- Recht auf eine andere Leistungsform – keine neue Leistung
- „Anstatt – Leistung“: Grundlage ist ein Anspruch nach den bestehenden Leistungsgesetzen
- Können als Geld- oder Gutscheinkleistung erbracht werden
- Die Höhe des PB soll nicht die Summe der Kosten der Einzelleistungen überschreiten

Ziel:

Es soll Selbstbestimmung und Eigenverantwortung stärken
und passgenaue, individuelle Hilfen ermöglichen

- Persönliche Assistenz sind Hilfen
 - orientiert am individuellen Bedarf
 - bei den täglichen Verrichtungen
 - bestimmt durch die Lebensrealität
 - bei denen Ausdifferenzierung in Einzelleistungen schwierig/nicht sinnvoll ist



Dienstleistungsmodell



Arbeitgebermodell

Ggf. sind die Leistungen auch trägerübergreifend möglich/nötig.

Persönliches Budget

Beispiel HzP



- Annahme: Anerkannte wesentliche körperliche Behinderung mit Einschränkung der Mobilität, Erwerbsunfähigkeit, Antrag nur auf PB HzP
- Pflegestufe 3 - Sachleistung bisher 1.550 € mtl.
 - Für das persönliche Budget werden 700€ (Geldleistung Pflegestufe 3) in das Budget aufgenommen
 - wesentliche Orientierung bei der Ermittlung des Pflegebedarfes hat die gutachterliche Stellungnahme des MdK
 - zusätzliche Bedarfe können in angemessenem Umfang ergänzend anerkannt werden – der zusätzliche finanzielle Aufwand wird nach dem Grundsatz §17 SGB IX übernommen
Grundlage dazu ist aber die Bedarfsermittlung. Die Vergütung orientiert sich an ortsüblichen Vergütungen. Im Ergebnis wird eine deutliche quant. Steigerung nicht resultieren. Ein Gewinn an Flexibilität und Selbstbestimmung bleibt.

Persönliches Budget Probleme

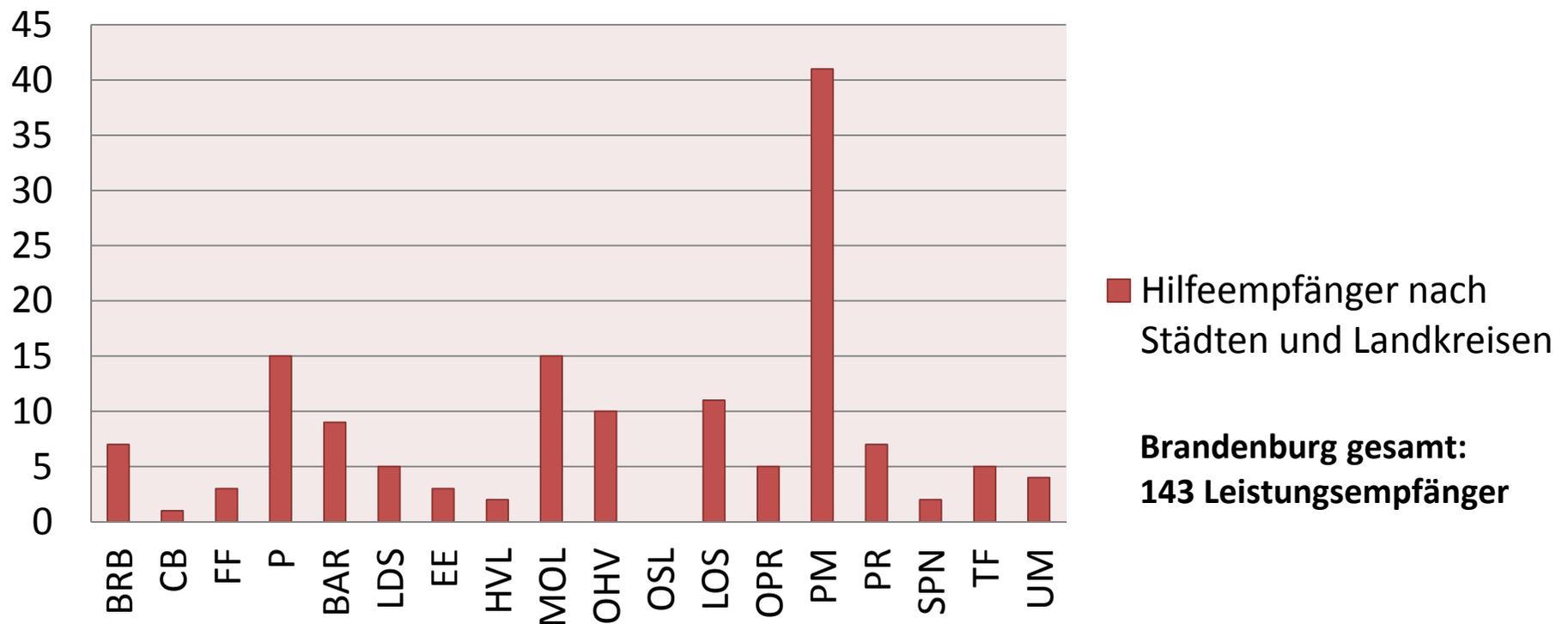


- Struktur der Leistungsgesetze mit Kausalitätsprinzip
- Uneinheitliche Bedarfsermittlung bundesweit
- Uneinheitliche Budgetbemessung
- Geringe Fallzahl – mangelnde Routine
- Informationsdefizit

Persönliches Budget LHP 2010

- Vergleichbare Daten können aus dem Basisdatenkatalog herangezogen werden
- Die Entwicklung der persönlichen Budgets verläuft in den letzten Jahren sehr stabil

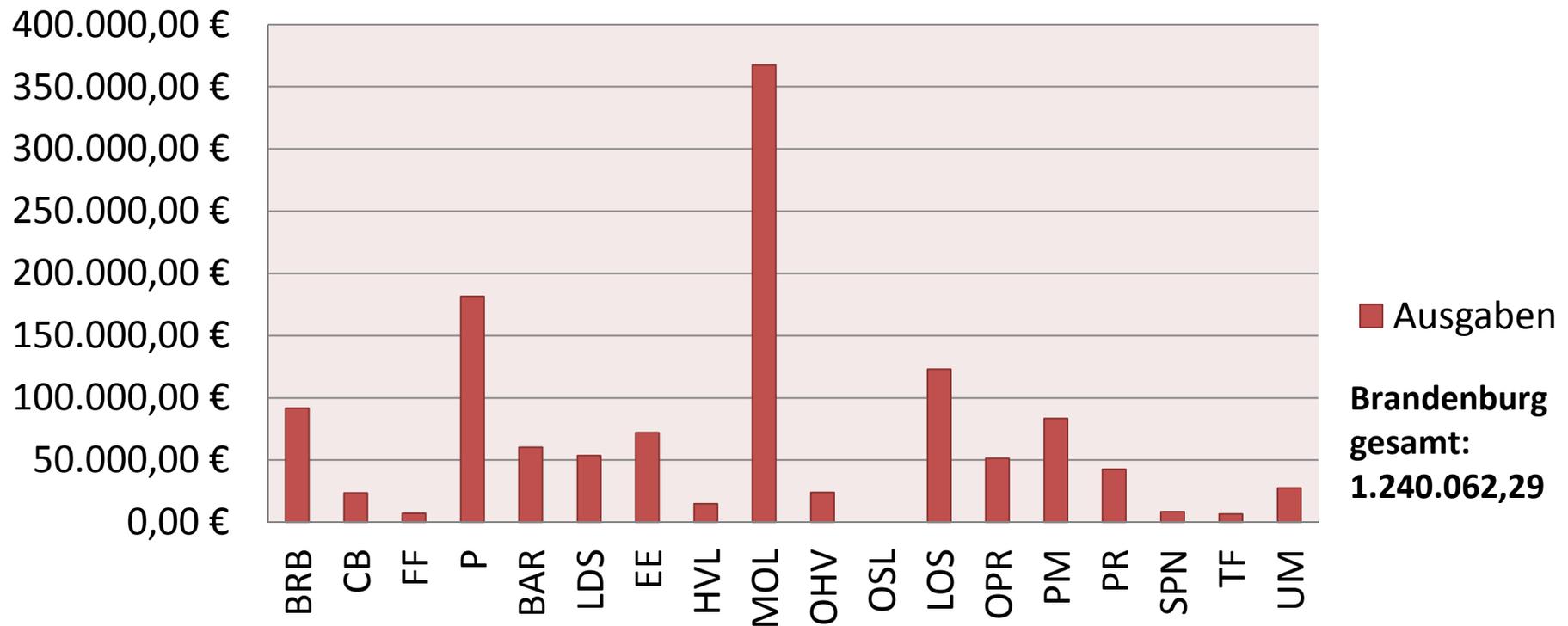
Leistungsempfänger nach Städten und Landkreisen

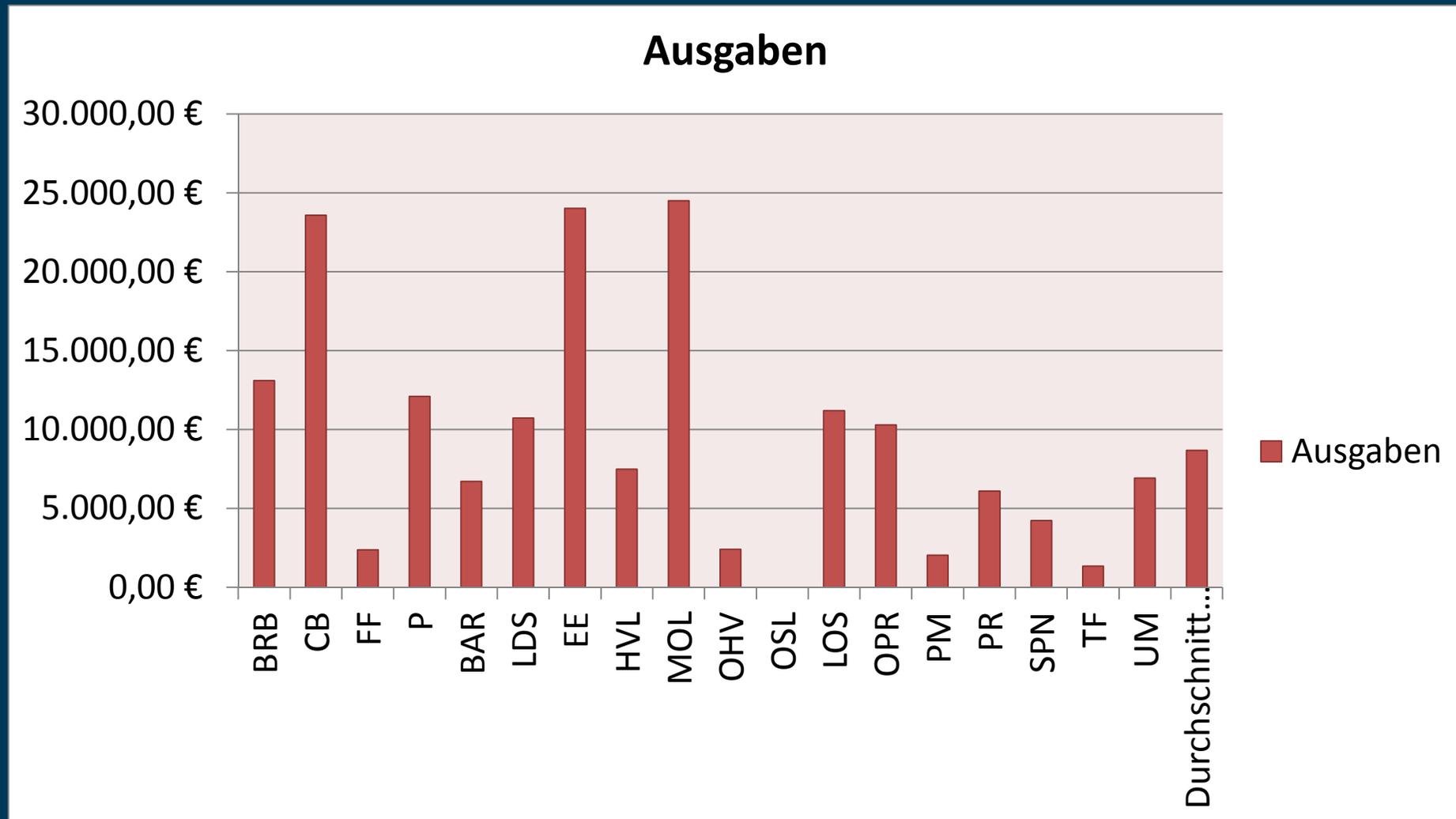


Aufwendungen persönliches Budget 2010 in Brandenburg



Ausgaben

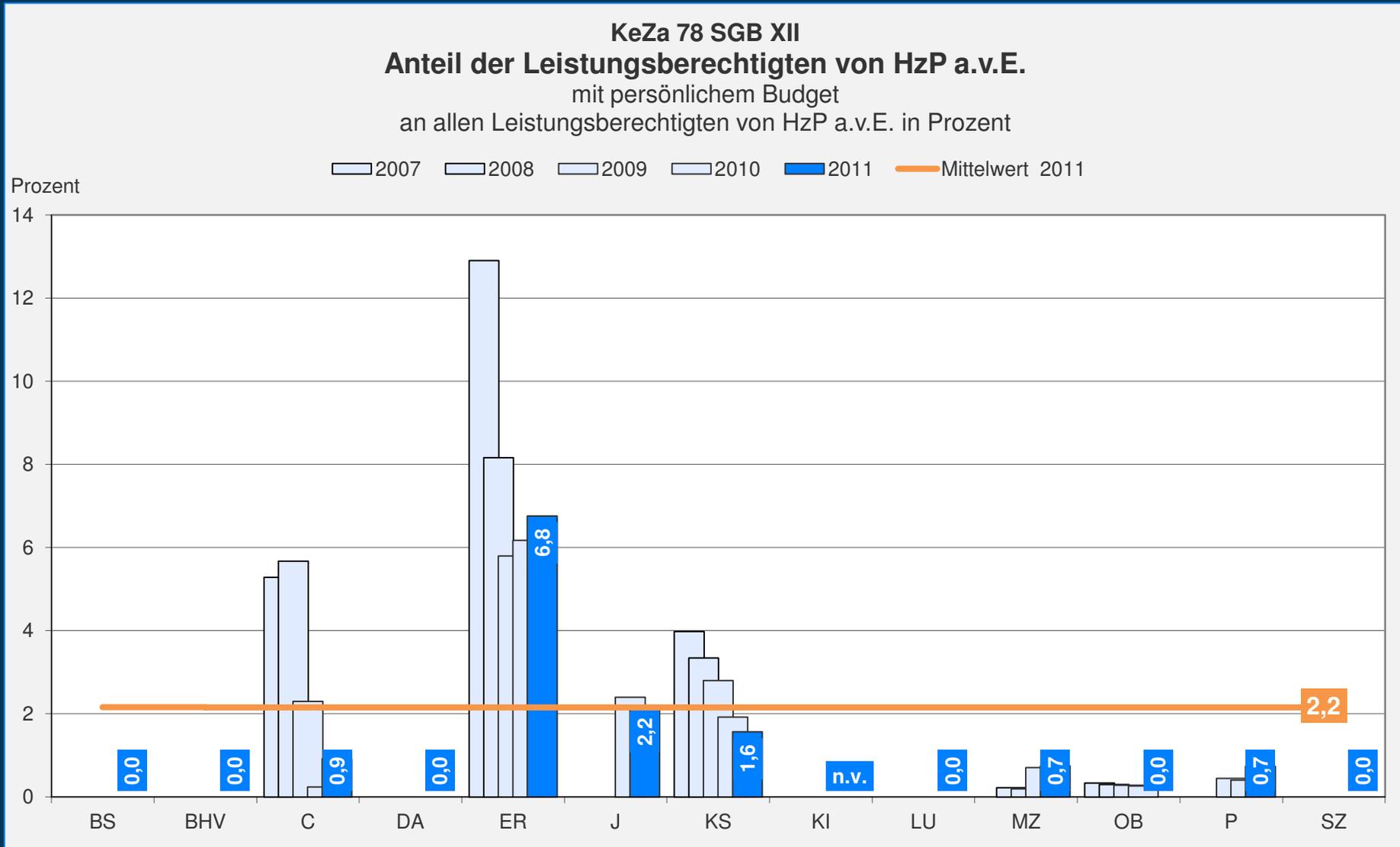




- Bisher 67 Beantragungen auf ein persönliches Budget (seit 2006)
- 32 davon wurden abgelehnt(10), zurückgezogen(13) oder weitergeleitet(9)
- Gründe dafür sind vielfältig und unterschiedlich – oft entspricht die Erwartung an das persönliche Budget nicht der Realität
- 35 wurden bewilligt:
Unterschiedliche Bereiche – von der EGH bis zur Hochschulhilfe
Davon werden zur Zeit 17 PB genutzt.

2012: 8 Anträge – 6 Bewilligungen, 1 Ablehnung,
1x in Bearbeitung

Beispiel: persönliches Budget bei HzP 2011





Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

An die Mitglieder

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

und nachrichtlich an weitere Teilnehmer
an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung /
des Ausschusses

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. / Bezeichnung der Sitzung		
39. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales		
Datum	Uhrzeit	Sitzungsort
23.10.2012	18:00 Uhr	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende/r



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0468

öffentlich

Betreff:

Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 09.07.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Bewohner/innen der WagenHausBurg in Verhandlungen zum Abschluss eines Erbbaurechts- bzw. Kaufvertrages für den jetzigen Standort Tornowstraße 38 auf Hermannswerder einzutreten.

Über die jeweiligen Ergebnisse der Gespräche ist der Hauptausschuss alle zwei Monate, beginnend im Oktober 2012, zu informieren.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

--

Klimatische Auswirkungen:

--

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Diskussionen um den Erhalt des „Lebens- und Lernortes Tornowstraße 38 - nachhaltig leben im urbanen Raum“ konnten trotz des großen Interesses der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und der Bemühungen der WagenHausBurg-Bewohner/innen zu keinem konkreten Ergebnis geführt werden.

Die in dem geltenden Vertrag enthaltene Option auf Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages war für die Bewohner/innen der WagenHausBurg über die gesamten 12 Jahre der Existenz des Projektes Grundlage ihres konzeptionellen Denkens und Handelns.

Wie dem Konzept des Gemeinschaftsprojektes u. a. zu entnehmen ist, wurden bisher alle Angebote und Projekte selbst bzw. durch akquirierte Fördermittel finanziert.

Die notwendig gewordenen baulichen Maßnahmen jedoch sind nicht aus eigener Kraft finanzierbar, können nur über Fremdfinanzierung, also durch eine Kreditaufnahme, realisiert werden. Dafür müssen die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Über den sozialen Wert des Projektes in seiner Innen- und Außenwirkung wurde bereits viel Positives erklärt. Das legt nahe, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass sich die WagenHausBurg ihren jetzigen Standort langfristig entwickeln kann.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0607

öffentlich

Betreff: Partizipativer Prozess zur organisatorischen Weiterentwicklung städtisch geförderter Projekte der (Jugend-)Soziokultur

Einreicher: FDP-Fraktion

Erstellungsdatum 04.09.2012

Eingang 902: 04.09.12

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Abstimmungsprozess zur organisatorischen Weiterentwicklung (jugend-)soziokultureller Projekte und Einrichtungen in Potsdam durchzuführen. Dieser soll unter Einbindung der beteiligten Akteure auf Augenhöhe stattfinden.

Ziel des Abstimmungsprozesses sollte es sein, eine Möglichkeit der räumlichen und inhaltlichen Zusammenarbeit der verschiedenen Projekte und Einrichtungen zu erarbeiten, welche direkt oder indirekt städtisch gefördert werden. Gefundene Schnittmengen und Synergieeffekte sollen dann mit dem Ziel der Ressourceneinsparung umgesetzt werden.

gez. Johannes von der Osten-Sacken
Fraktionsvorsitzender
Fraktion FDP

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In einem Schreiben vom 23. August 2012 begrüßte der Stadtjugendring e.V. einen Vorschlag der FDP-Fraktion zur räumlichen Kooperation Jugendsoziokultureller Projekte und Einrichtungen in der Form, dass eine gemeinsame gleichberechtigte Debatte über die mögliche Zusammenarbeit durchgeführt wird. Diesem Vorschlag sollte jetzt in einer geeigneten Form nachgegangen werden.

Die im Abstimmungsprozess gefundenen Gemeinsamkeiten und möglichen Synergieeffekte in einer Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure könnten Ressourcen für die Projekte und die Stadt einsparen ohne Einbußen in Qualität und Quantität des Angebotes hinnehmen zu müssen. Voraussetzung für diesen Prozess ist die Einbindung der Akteure auf Augenhöhe sowie deren breite Zustimmung für eine räumliche Zusammenarbeit.